

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

Die Städte und Gemeinden stehen in der schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Und Reutlingen steckt besonders tief drin. Das Ende ist nicht absehbar. Unsere Einnahmen sind im freien Fall. Das Defizit erreicht bis 2012 ein Drittel unseres jährlichen Haushaltsvolumens.

Fast 40 % der Steuerrückgänge sind nicht krisenbedingt sondern Folge der politischen Entscheidungen des Bundes. Die Unternehmenssteuerreform soll die Wirtschaft ankurbeln. Die Ausfälle gehen zu Lasten der Kommunen. Zusätzlich hat die neue Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz weitere Steuerausfälle für unseren Haushalt beschlossen. Klientel wird begünstigt und die Kommunen sollen es bezahlen. Zu allem Überdross gehen Politiker in Berlin heute noch herum und erzählen den Menschen von weiteren Steuererleichterungen. Niemand in Deutschland glaubt dies. Die Krise ist bei den Menschen angekommen. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, steigende Kosten und sinkende Einkommen erlebt jeder hautnah. Deshalb ist von der Politik Ehrlichkeit gefragt.

Reutlingen kann diese Haushaltskrise nicht alleine lösen. Weder durch Streichung von Ausgaben, noch durch die Anhebung von Gebühren oder durch die Erhöhung der Steuern ist die bedrohliche Neuverschuldung abzuwenden. Niemand konnte in der Haushaltsberatung überflüssige Ausgaben benennen.

Und ich erkläre für die SPD, dass nicht die Kinder die Opfer dieser Einnahmenkrise sein dürfen. Deshalb lehnen wir Bestrebungen ab, bei der nicht aufschiebbaren Sanierung des Spielplatzes in der Pomologie den Spielwert des Spielplatzes durch Reduzierung der Spielgeräte zu senken. Schon die große Zahl der Kinder, die dort regelmäßig spielen, verbietet eine weitere Kürzung. Solche Gedanken kann nur verfolgen, wer vergessen hat was Kinder brauchen. Kinder sind unsere Zukunft. Und zum sozialen Lernen und für die motorische Entwicklung braucht es mitten in der Stadt einen Spielplatz. Auch diese Kürzung rettet uns nicht vor dem Haushaltsloch.

Wenn dieser Tage öffentlich die Behauptung verbreitet wurde, durch die Anhebung der Vergnügungssteuer sei das Haushaltsproblem zu lösen oder gar die Anhebung der Realsteuern sei dadurch zu verhindern, dann ist das bewusste Täuschung der Bürger oder schiere Unwissenheit. Letzteres wäre eigentlich am Schlimmsten, weil damit bewiesen wäre, dass manche Politiker nichts von ihrem Geschäft verstehen. Wer so die Situation schön redet, macht die Politik insgesamt unglaubwürdig.

Reutlingens Haushaltskrise ist existentiell. Schulen, Bibliothek, Kindergärten, Straßen, Schulbücher, Parks, Turnhallen, Schwimmbäder, Sportplätze, Aussegnungshallen, Festhallen, Parkhäuser, Plätze, Spielplätze, Straßenbeleuchtung, Ampelanlagen und so weiter, all dies will bezahlt sein. Und wir können es nicht mehr bezahlen. Die deshalb von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Ausgabenreduzierungen sind einschneidend. Manches geht nur eine Zeit

lang. Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass die Einschränkungen beim Stadtverkehr nur in der Zeit der Haushaltskrise gelten können.

Trotzdem erkennen wir: Bildung bleibt der Schwerpunkt im Haushalt. Die Ausgaben werden auf dem Vorjahresniveau eingefroren, das ist bemerkenswert. Und nach der Prüfung der Investitionen wird jetzt in 2010 die Mediothek des Kepler-Gymnasiums und das Obergeschoss der Frauenarbeitsschule ausgebaut werden. Notwendige Investitionen in Bildung fallen dem Rotstift nicht zum Opfer. Die SPD-Fraktion begrüßt dies ausdrücklich.

In der Krise wurden die Banken mit Milliarden gerettet. Wir brauchen jetzt einen Rettungsschirm für die Kommunen. Wir brauchen Fürsprecher im Bundestag und im Landtag, damit die Städte und Gemeinden wieder das notwendige Steuergeld bekommen, um die Infrastruktur zu bezahlen, die den Staat ausmacht.

Deshalb schlägt die SPD vor, dass wir heute einen Appell an unsere örtlichen Abgeordneten im Bund und Land richten, sich für die Rettung der Gemeindefinanzen einzusetzen. Wir stellen den Antrag, die Abgeordneten zur Diskussion in den Finanzausschuss einzuladen und wir erwarten Antworten.

Dies ist keine vorübergehende Krise, es ist ein existentieller Einbruch.

Für die SPD-Fraktion ist die Frage nach der gerechten Lastenverteilung die zentrale Fragestellung bei der Beschlussfassung über den Nachtragshaushalt. Jeder muss seinen Teil beitragen und für viele, vor

allem für die kleinen Leute, bedeutet dies, dass sie nochmals Opfer bringen müssen. Und deshalb sagen wir:

Die Hebesätze bei den Realsteuern müssen steigen.

Wir sind bereit schmerzhaft Einschnitte mitzutragen. Das heißt für uns: Wenn die jungen Familien bei der Kinderbetreuung zusätzlich belastet werden sollen, dann ist es nötig, dass der zahlungskräftige Teil der Stadt sich ebenfalls an der Finanzierung des Haushalts in der nötigen Höhe beteiligt.

Das soziale Gleichgewicht in dieser Stadt muss endlich hergestellt werden. 0,5 Mio. zusätzliche Leistungen der Familien müssen mit 2,5 Mio. zusätzlichen Leistungen der Gewerbesteuerzahler aufgewogen werden. Dazu bedarf es eines Hebesatzes von mindestens 380 Punkte bei der Gewerbesteuer. Die Familien bezahlen aus ihrem Einkommen, das stagniert oder sinkt, und Gewerbesteuerzahler bezahlen aus dem Mehr, das nach den Kosten bleibt.

Die Verschuldung der Stadt ist seit Jahren zu hoch. Alle Haushalte der letzten Jahre waren mit Einsparungen und Konsolidierungsrunden in Millionen Höhe verbunden. Dies half nur wenig. Zusätzliche Ausgaben entstanden durch gewachsene Aufgaben. Bund und Land haben Gesetze beschlossen, die den Reutlinger Etat belasten und es wurden nicht ausreichend Gelder dafür zur Verfügung gestellt. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist unser politisches Ziel. Dafür braucht es aber Etatmittel, die der Bund und das Land zuweisen müssen.

Die Verschuldung könnte niedriger sein, wenn bei Zeit die Gewerbesteuer erhöht worden wäre. Aber damals galt das Motto: weniger Staat und mehr privat. So wurden die Gewinne privatisiert und die Stadt, die wir alle gemeinsam brauchen, war nicht im Stande, die Schulden im möglichen Maße zu reduzieren. Wir zahlen heute noch den Bau des Klärwerks Nord ab oder die Hochwasserschutzmaßnahmen im Nordraum.

Es verhöhnt den Gemeinderat und die Anstrengungen der Mitarbeiter in der Stadt, wenn behauptet wird, wir hätten ein Ausgabenproblem, im Bereich der Kultur würde zuviel ausgegeben, die zweite Spielstätte der Tonne sei überflüssig.

Unser Ausgabenproblem wurde uns aufgezwungen weil die notwendigen Einnahmen fehlen, weil uns das Land im Stich lässt. Ein Beispiel: Seit Jahren finanziert die Stadt das staatliche Notariat in Reutlingen und für das Gebäude bezahlt das zuständige Land nur ein Fünftel der jährlichen Kosten. Der Rest geht zu Lasten der Stadt.

Gesetzlich werden wir zum Ausbau der Kinderbetreuung verpflichtet. Das müsste eigentlich jeder wissen! Aber die nötigen Gelder zur Bezahlung behält das Land ein.

Das Land ist für das Personal in den Schulen zuständig. Und Schulsozialarbeit ist deshalb eine Aufgabe des Landes. Das Geld hierfür fehlt seit Jahren.

Über den Kreishaushalt bezahlen wir die steigenden Sozialausgaben. Es kann nicht sein, dass der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose reduziert und die Stadt über die Kreisumlage dies dann zusätzlich zu bezahlen hat.

Soll es nur Theater sein oder ist es ernsthafte Politik, wenn behauptet wird, das Theater in der Tonne könne ja in der Stadthalle spielen.

Ich betone heute ausdrücklich: Die SPD steht zur Kulturkonzeption mit ihren drei Bausteinen. Franz-K, Stadthalle und Theatersaal die Tonne. Der ganze Gemeinderat hat hierzu Beschlüsse gefasst.

Und ich nenne es ebenfalls billigen Populismus, wenn der Eindruck erweckt wird, durch den Baustopp bei der Stadthalle sei die Einnahmenkrise zu bewältigen.

Kultur ist ein elementares Gut, ein Lebensmittel. Die SPD erinnert daran, dass in der Wiederaufbauzeit nach 1945 die Kultur dabei war. Orchester und Theater wurden gegründet. Die Listhalle wurde wieder aufgebaut. Die Menschen kamen zusammen. Hier wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt geschaffen, der uns bis heute vereint.

Diese Krise gefährdet die Stadt und deshalb brauchen wir die Kultur.

Trotzdem müssen wir im kommenden Doppelhaushalt unsere Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Aber man kann eine Stadt auch kaputt machen. Wir brauchen in den nächsten Monaten viel Phantasie, wenn wir Lösungen finden wollen. Aber Aktionismus aus Stuttgart brauchen wir dazu nicht.

Und vor allem müssen wir die Menschen mitnehmen. Denn die Krise haben nicht die Menschen in Reutlingen gemacht, sie müssen sie aber bewältigen.

Auch zur Grundsteuer haben wir Gespräche geführt. Wir finden es bemerkenswert, wenn selbst ein Interessensverband Verständnis für den Ernst der Situation unserer Stadt hat und die hier diskutierte Anhebung billigt.

Die SPD stimmt dem Antrag der FDP zu, die geringere Erhöhung der Steuersätze mit einem höheren Beitrag von der GWG auszugleichen. Dieser Beitrag zum Haushalt der Stadt wird aus den Zinserträgen der Rücklagen der GWG bezahlt. Er berührt nicht den Wohnbestand oder die Mieten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sicherstellung einer sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung der Unternehmenszweck der GWG bleibt.

Die Beratungen zum Nachtragshaushalt waren begleitet von Gesprächen, die das Ziel hatten, eine gemeinsame Lösung zu entwickeln. Die SPD-Fraktion bedankt sich bei allen Fraktionen und bei allen Mitgliedern für die Gespräche zur Lösung der schwierigen Fragen. Insbesondere bedanke ich mich bei den Kollegen Fraktionsvorsitzenden für die offenen Gespräche.

Wir konnten den Willen erkennen, eine gerechte Lastenverteilung herbei zu führen. Es gab klare Erklärungen und in der Vorberatung auch eindeutige Beschlüsse, die zeigen, dass eine Einigung in der Steuerfrage bei 380 Punkten für die Gewerbesteuer und 400 Punkten bei der Grundsteuer heute beschlossen wird.

Deshalb werden wir die einschneidenden Beschlüsse, besonders bei der Kinderbetreuung mittragen. Wir setzen darauf, dass der seit über 10 Jahren fällige Beschluss zur Anhebung der Gewerbesteuer heute gefasst wird.

In den Einzelabstimmungen stellen wir erneut unseren Antrag zur Beibehaltung des Stroms für die Straßenbeleuchtung aus regenerativen Energien, konkret aus Wasserkraft, zur Abstimmung. Jeder Euro hierfür wird in weitere Anlagen investiert.

Meine Damen und Herren,

es ist eine Überlebensfrage der Menschheit und der Wechsel zu den erneuerbaren Energien ist unumkehrbar. Hier gibt es kein zurück. Der weitere Weg zur Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen ist schwer aber alternativlos. Und die in Berlin und Stuttgart diskutierte Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke ist ein Spiel mit dem Feuer und verschafft den Energiekonzernen Extraprofite. Die CDU soll sagen, wo sie den radioaktiven Abfall vergraben will, der zusätzlich entsteht.

Meine Damen und Herren,

wir unternehmen heute das Notwendige, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen. Wir begrüßen es, dass es dafür eine verantwortungsbewusste Mehrheit gibt. Für die Lösung der Probleme insgesamt brauchen wir die Unterstützung aus Stuttgart und Berlin. Es gibt keine Kammer der Kommunen in Berlin.

Die Städtetagspräsidentin Frau Oberbürgermeisterin Karin Roth hat es deutlich gesagt:

„Die Kommunen liegen auf der Intensivstation. Unser Land kann es sich nicht leisten, dass seine Städte handlungsunfähig werden und die Angebote vor Ort mit dem Rotstift zusammenstreichen müssen.“

Und wir sind mit Karin Roth darin einig, dass es zur Gewerbesteuer keine Alternative gibt. Es kann nicht sein, dass diese abgeschafft wird, die Unternehmen außen vor sind und die Verbraucher, die Bürgerinnen und Bürger, die kleinen Leute über höhere Steuern bei der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer die Zeche zu bezahlen haben.

Die SPD-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung, insbesondere beim Finanzdezernat. Wie wir es von Ihnen kennen, haben Sie Herr Pilz mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die finanzielle Lage präzise gerechnet und präsentiert. Vielen Dank dafür.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern im Haus, die bereit waren, sich an den wenig erfreulichen Besprechungen und Vorschlägen zu Kürzungen und Einsparungen zu beteiligen und damit ihren Teil dazu beigetragen haben, dass wir heute in der Lage sind, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen. Und wir bedanken uns bei Herrn Klett für seine Arbeit am Haushaltswerk, welche das Ganze zusammengeführt hat.

Frau Oberbürgermeisterin Bosch, der von Ihnen vorgelegte Nachtragshaushalt ist die richtige Antwort auf die Haushaltskrise. Die SPD-Fraktion wird dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.